

## Bayern gegen die Höchstpreise.

Debatte im bayerischen Landtag.

in München, 26. Februar. (Priv.-Tel.)

Die Abgeordnetenversammlung des bayerischen Landtages verhandelte gestern eine sozialdemokratische Anfrage an die Regierung, was sie zur Milderung der wirtschaftlichen Folgen der letzten vom Bundesrat verfügten Getreide- und Kartoffel-Höchstpreiserhöhung zu tun gedenke.

Abg. Hoffmann (Soz.) begründete die Anfrage. Seine Kritik an der Höchstpreispolitik des Bundesrates war scharf und eindringlich; besonders das Unstäte und Schwankende dieser Politik gaben dem Redner starke Handhaben für seine Angriffe, die sich zunächst gegen gewisse Kreise der Landwirte richteten, die nicht in Bayern zu suchen seien, dann aber mit aller Schärfe gegen die Regierung, die ebenfalls nicht in Bayern sitze, sondern in Berlin.

Der Redner wies dann rechnerisch den Schaden nach, der aus der letzten Preiserhöhung den Städten erwachse, und verlangte, diesen Schaden müsse ganz und gar das Reich überbürdet bekommen; und dafür solle die bayerische Regierung im Bundesrat sorgen, wenn schon der jüngste Fehler nicht mehr rückgängig gemacht werden könne. Mit einer ernstlichen Mahnung im Interesse des innern Friedens, bessere Wege als bisher in der Höchstpreispolitik einzuschlagen, schloß der Redner.

Minister des Innern Freiherr v. Soden sprach kein Wort der Verteidigung für die vom Interpellanten kritisierten Maßnahmen; er mahnte nur zur Ruhe insofern, als die Verbraucher durch die neuen Höchstpreisfestsetzungen zunächst fast nicht getroffen würden. Klipp und klar aber erklärte er, daß die Verhältnisse in Bayern die neuen Maßnahmen durchaus nicht notwendig gemacht hätten, da die Landwirtschaft bei uns ohne Störung ihre

Vorräte abgeliefert habe, im Gegensatz zu Norddeutschland. Die bayerische Regierung habe daher auch schon Schritte zur Schadloshaltung der bayerischen Landwirte unternommen.

Diese Erklärungen des Ministers machten auf das Haus einen starken Eindruck. Schon der erste Redner, Abg. Dr. Schlittenbauer, protestierte scharf gegen die nun offenkundig gewordene Uebung, daß die Verhältnisse in Norddeutschland für das ganze Reich als maßgebend betrachtet werden und die übrigen Bundesstaaten sich einfach beugen müßten.

Schon längst wäre man diesem Mißstand zu Leibe gegangen, wenn die Zensur nicht dazwischen getreten wäre. In wirtschaftlichen Dingen sei aber das Volk reif genug, ohne Zensur seine Sache vertreten zu können. Wirksam nahm er die Landwirtschaft in Schutz, die erst durch eine solche Höchstpreispolitik wie die letzte und durch den wilden Zwischenhandel zum Spekulieren förmlich erzogen werde. Immerhin stehe aber Deutschland mit seinen Lebensmittelpreisen in der ganzen Welt am besten da, und Bayern am günstigsten im Reiche.